



Volker Mayer-Lay MdB



Bericht aus Berlin – Nr. 45 vom 17. November 2023

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie **handwerklich schlecht** die aktuelle Bundesregierung – nicht nur aus unserer Sicht als Opposition, sondern auch aus der objektiven Sicht des Bundesverfassungsgerichts heraus – arbeitet, zeigte sich in dieser Woche erneut. So entschied das höchste deutsche Gericht am vergangenen Mittwoch auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion, **dass der zweite Nachtragshaushalt der Ampel zum Haushalt des Jahres 2021 nicht verfassungsgemäß** war – und ist. Mehr zu diesem Thema finden Sie auf der dritten Seite dieses Berichts.

Darüber hinaus war auch diese Sitzungswoche von **dem aktuell allgegenwärtigen Thema geprägt – der Flüchtlingskrise und ihren Begleiterscheinungen** in Öffentlichkeit, Gesellschaft, aber auch hier im Parlament. Uns als Union dauert es schlicht und einfach viel zu lange, bis die Ampel-Koalition etwas gegen die stark gestiegenen Flüchtlingszahlen unternimmt. Hier **reichen auch die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz mit Kanzler Olaf Scholz bei weitem nicht aus**. Da wir uns unverändert in einer Migrationskrise befinden, müssen weitere Schritte zur Lösung des Problems nun dringend folgen. Deshalb haben wir jetzt selbst erneut die Initiative ergriffen und üben **Druck auf die Bundesregierung und das Kanzleramt** aus, **damit konkrete Maßnahmen zur Eindämmung der illegalen Migration nach Deutschland zügig umgesetzt werden**. So diskutierten wir hierüber auch an diesem Mittwoch in einer Aktuellen Stunde und brachten am gestrigen Donnerstag einen Gesetzentwurf ein, der darauf abzielt, Flüchtlingen in Zukunft 36 statt wie bislang nur 18 Monate lang die niedrigeren Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu zahlen. Erst dann sollen sie die höheren Sätze bekommen, die in etwa der Sozialhilfe entsprechen. Somit würden die Leistungen deutlich gekürzt! Unser Entwurf setzt somit die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz aus der vergangenen Woche eins zu eins um. Und – **es ist dringend nötig zu handeln, da laut dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Zahl der in den vergangenen Monaten nach Deutschland gekommenen Menschen deutlich höher ist als die Zahl der registrierten Asylanträge**. Dies liegt wohl vor allem daran, dass die Bundesländer inzwischen erhebliche Rückstände bei der Registrierung von Asylsuchenden haben. Konterkariert werden die Bemühungen zur Begrenzung der Flüchtlingszahlen allerdings bizarrer Weise gleichzeitig durch das Vorhaben der Ampel, **das neue Staatsbürgerschaftsrecht** weiter voranzubringen und nun Ende November erstmals im Bundestag zu beraten. Von einer echten Bereitschaft, mit der Union Vereinbarungen zum Stopp der illegalen Migration zu treffen, kann also leider nicht die Rede sein. Das neue Staatsbürgerschaftsrecht **wird eine zusätzliche Magnetwirkung auf Flüchtlinge haben und für zusätzliche illegale Flüchtlingsströme sorgen**. Auch aus diesem Grund muss dieses Gesetz gestoppt werden. Wer die Migrationskrise lösen will, muss auch die so genannten „Pull-Effekte“ – also Anreize für Migranten, nach Deutschland zu kommen – abbauen, anstatt immer weitere zu schaffen!

*Ich wünsche Ihnen ein
schönes Wochenende, Ihr*



Wir am See

Auftakt der närrischen Zeit in Friedrichshafen

Am vergangen Samstag, dem 11.11. – wahrlich einem der Lieblingsdaten der Narren in gesamten Land – war ich **zu Gast in der Gockelwerkstatt der Narrenzunft Seegockel**, die sich unter dem Dach des Vereins zur Pflege des Volkstums Friedrichshafen e.V. um die Fasnet in der Zeppelinstadt kümmert. Gemeinsam begannen wir so in gemütlicher närrischer Atmosphäre die fünfte Jahreszeit. Neben verschiedenen sehr gelungenen Darbietungen stand dabei klar die Geselligkeit im Mittelpunkt. Es ist ein schönes Gefühl, **nun langsam, aber sicher wieder in unsere so facetten- und traditionsreiche Fasnet starten zu können**, auch wenn es bis zu der richtigen Hochphase im Januar und Februar bekannterweise ja noch etwas dauert. **Herzlichen Dank für die Einladung** und die sehr gelungene und kurzweilige Veranstaltung. Ich bin sehr guter Dinge, dass die Zeit bis zum richtigen Fasnetsauftakt an Dreikönig nun ziemlich schnell vergeht! Freuen wir uns drauf – in diesem Sinne „Gockelores Kikeriki“.



Mit Vereinspräsident Karl Haller am 11.11. in Friedrichshafen – schön war's!

Schulklassen aus Markdorf zu Gast in Berlin

Am vergangenen Mittwoch begrüßte ich **rund 60 Schülerinnen und Schüler der neunten Klassen der Realschule des Bildungszentrum Markdorfs zu einem Besuch hier im Deutschen Bundestag**. In unserem knapp einstündigen Gespräch ging es vor allem um die aktuellen politischen Entwicklungen – aber auch um meinen Alltag als Bundestagsabgeordneter – vor allem auch mit Blick auf die Verknüpfung von Wahlkreis und der Arbeit hier in der Hauptstadt. Im Anschluss an den Termin nutzten wir noch die Gelegenheit für einen kurzen Blick in die große Halle des Paul-Löbe-Hauses. Danach ging es dann für die Schülerinnen und Schüler in die **Ausstellung zur Parlamentsgeschichte am Gendarmenmarkt**, während sie am Mittwochabend letztlich noch die **Dachterrasse und Kuppel des Reichstagsgebäudes** besuchten.

Einladung zur nächsten Informationsfahrt nach Berlin

Von Sonntag, 26. bis Mittwoch, 29. November findet meine dritte und somit letzte diesjährige politische Bildungsfahrt für interessierte Bürgerinnen und Bürger nach Berlin statt. Für diese vom Bundespresseamt (BPA) organisierte Fahrt sind – nach aktuellem Stand – **noch einige wenige freie Plätze** vorhanden. Falls Sie spontan Interesse und vor allem Zeit haben, an der viertägigen Fahrt in die Bundeshauptstadt teilzunehmen, können Sie sich sehr gerne unter meinen untenstehenden Kontaktdaten melden. Das Programm der Fahrt umfasst stets **ein umfangreiches Spektrum an politischen Punkten**. So stehen unter anderem Besuche in Ministerien und Behörden, des ehemaligen Stasi-Gefängnisses Hohenschönhausen sowie selbstverständlich hier im Bundestag auf dem Programm.



Die Teilnehmer meiner jüngsten BPA-Fahrt im September auf der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes.

Themen der Woche

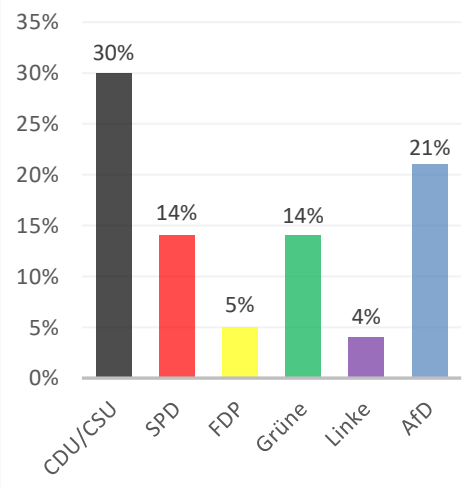
Urteil des Bundesverfassungsgerichts und Regierungsbefragung des Bundeskanzlers am Mittwoch

Insbesondere mit Blick auf das Urteil des Bundesverfassungsgericht von Mittwochvormittag, durch welches der Nachtragshaushalt der Ampel-Bundesregierung für das Jahr 2021 als verfassungswidrig erklärt wurde, **bekam die traditionelle Fragestunde am Mittwochnachmittag ungewohnte Brisanz**. Denn in dieser Woche stand uns Bundestagsabgeordneten niemand geringerer als Bundeskanzler Olaf Scholz selbst Rede und Antwort. Gleich zu Beginn gestand er dabei als Antwort auf eine Frage der Unionsfraktion ein, dass der Plan der Ampel-Bundesregierung, insgesamt 60 Milliarden Euro, die ursprünglich für Corona-Hilfen gedacht waren, vor allem zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen zu verwenden, gescheitert ist. Somit fehlt der Bundesregierung nun – gerade auch mit Blick auf die aktuell laufenden Verhandlungen zum Bundeshaushalt für das Jahr 2024 – genau diese beträchtliche Summe. **Es wird interessant, wie diese Lücke gestopft werden soll und kann**. Darüber hinaus debattierten wir mit dem Bundeskanzler, dessen behäbige Art nicht nur mir so langsam, aber sicher auf die Nerven geht, über verschiedene Themen. Unter anderem wurde er **nach Fortschritten bei der beschleunigten Planung von Infrastrukturprojekten** oder dem angedachten Verbot von Prostitution gefragt. Mit vielen Ausreden und Begründungen ist Herr Scholz aber **inzwischen ein sehr repräsentatives Abbild seiner Regierung**.

Antrag der Union zum Wachstumschancengesetz

Am heutigen Freitagvormittag verabschiedete der Bundestag mit den Stimmen der Ampel-Regierungskoalition das so genannte Wachstumschancengesetz. Obwohl dieses Gesetz durchaus **einige richtige, sinnvolle – aber auch längst überfällige Maßnahmen** enthält, **ist es in seiner Gesamtheit leider wenig zielführend**. Statt zum vielfach angekündigten und zweifelsfrei notwendigen Bürokratieabbau oder gar zur Verbesserung von Strukturen beizutragen, führt es zu weiteren Belastungen für die Unternehmen und die Wirtschaft im Allgemeinen. Besonders schlecht für die Attraktivität ist unserer Meinung nach, dass die wirklich drängenden Herausforderungen und Probleme nicht angegangen werden. In einem **Entschließungsantrag** zum Gesetzentwurf des Wachstumschancengesetzes fordern wir deshalb, **nicht weiterhin nur Symptome sondern endlich auch die Ursachen zu bekämpfen**. Unter anderem forderten wir Reformen bei der Umsatzsteuer sowie **zahlreiche Maßnahmen zu einer umfassenden Entbürokratisierung**.

Wenn am Sonntag Bundestagswahl wäre, erhielten



Quelle: Forsa, 14.11.2023

Zitat der Woche

"Es geht um ein übergeordnetes Ziel: Wo und wie wollen wir in Europa in Frieden, Freiheit, Demokratie, Wohlstand leben?"

Der CDU-Außenexperte – mein lieber Kollege – Roderich Kiesewetter in der gestrigen Plenardebatte zum Wiederaufbau der Ukraine.

Terminauswahl

Sa., 18.11.2023	Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg in Reutlingen.
Do., 23.11.2023	Ortsjahreshauptversammlung der CDU Ailingen.
Mo., 27.11. bis Fr. 01.12. 2023	Sitzungswoche des Deutschen Bundestages in Berlin.
Sa., 02.12.2023	„Pfötchenweihnacht“ im Tierheim Überlingen.